

MEINE MEINUNG



FRANZ OBST

Europa und der Bundespräsident, ein Gleichklang?

Liebe Mieterfreundinnen und Mieterfreunde,

die Welt-Online vermeldete am 14. Januar 2012, dass die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) Europas Elite die Bankrotterklärung ausstellt. Wie konnte es dazu kommen?

Allein Deutschland hat seine sogenannte AAA-Wertung behalten und kam – noch – ungeschoren davon.

Die Bonitätsprüfer kritisierten jedoch die politische Aufarbeitung der Euro-Krise, insbesondere der langwierige und offen zur Schau gestellte Disput der „Euro-Fürsten“ habe eine rasche und ange-

messene Lösung verhindert.

Auch das politische Handeln im Umgang mit den Banken nimmt sich die Ratingagentur vor. Das globale Schrumpfen von Bilanzen sorge für eine Verknappung wachstumsfördernder Kredite an Unternehmen und Haushalte. S&P ist im Übrigen die mächtigste der drei großen weltweiten Ratingagenturen.

Die Schuldenkrise ist längst nicht bewältigt, und alle Länder brauchen Geld.

Und nicht nur die Länder brauchen Geld, auch unser Bundespräsident brauchte ehemals Geld und hat sich den Kredit von einem seiner „guten Freunde“ besorgt, die auch für andere finanzielle Unterstützung durchaus bereitstanden.

Der geneigte Leser fragt sich, was mit der wirklich intensiven medialen Behandlung der Kreditaffäre Wulff bezweckt wird.

Soll diese Medienkampagne, die die Grenze des Fremdschämens, und zwar sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite, längst überschritten hat, den Blick des Lesers von der Euro-Krise, die uns gerade wieder einholt, wie die Abwertung Frankreichs zeigt, ablenken, oder handelt es sich nicht vielmehr um Diskussionen auf gleichem Niveau?

Warum sollte es dem ersten Mann im Staate besser gehen als dem Staat selber, der auf finanzielle Zuwendungen jeder Art gleichermaßen angewiesen ist.

Diese Verknüpfung mag etwas hinken, insbesondere vor

dem Hintergrund, dass Präsidenten im Allgemeinen nicht durch Ratingagenturen eingestuft werden. Die auf den ersten Blick allerdings völlig unterschiedlich erscheinenden Problemkreise belegen einmal mehr eines deutlich, nämlich, dass das Ausgabeverhalten, bestimmt durch die Politik eines Landes, nämlich die Politiker, nicht von dem Lernprozess ausschließt, dass man sich hinsichtlich der Ausgaben gerade nicht an den Einnahmen orientiert, sondern vielmehr die erhöhten Ausgaben mit erhöhten Krediten abdeckt.

Gleichwohl reiben sich Politiker immer wieder verwundert die Augen, da nicht nur Ihresgleichen, sondern auch die Bevölkerung sich nach und nach diesem Lernprozess anpasst, obwohl sie es doch eigentlich sein soll, die den Gürtel enger schnallt, damit die Steuereinnahmen und damit auch die Möglichkeiten Geld auszugeben, in der Politik noch ausufernder werden können.

Es ist also nicht bloß die Frage, hat der Bundespräsident gefehlt, sondern vielmehr auch, ist die Journaille noch in der Lage, große und kleine Themen voneinander zu unterscheiden und deren Wichtigkeit auch in den Headlines so zu sortieren, dass der Leser Essentielles von Kampagne unterscheiden kann.

Für die Bevölkerung durchaus interessante Themen werden indes bloß mit einer Randnotiz bedacht, wie etwa der in der FAZ am 10. Dezember 2011 veröffentlichte Beitrag über die wirtschaftliche Bedeutung von

Immobilien, ausgehend von einer aufwendigen Erhebung des Analysehauses Bulwien-Gesa.

Im Rahmen dieser Studie wurden nämlich die Wohnungen als Werttreiber von Städten ausgemacht. Der Wert aller Grundstücke und Gebäude in der Hauptstadt liegt nach dieser Studie bei 235 Milliarden Euro, gefolgt von München mit 223 Milliarden Euro und Hamburg mit 215 Milliarden Euro und dann schon weit abgeschlagen Köln mit 100 Milliarden Euro.

Diese Werte mag man für sich genommen so zur Kenntnis nehmen, allerdings können Studien dieser Art durchaus Maßnahmen in einer Stadt oder Region bestimmen, die zu einem Ausbluten anderer Regionen führen, weil diese Städte schlicht attraktiver werden und bei der Stadtentwicklung demzufolge eine entscheidende Rolle bei Investitionsentscheidungen spielen.

Wollen wir hoffen, dass das nicht gerade in den Ballungszentren zu einer weiteren deutlichen Mietsteigerung führt, die Sie, liebe Mieterfreundinnen und Mieterfreunde, trifft.

Wir als Ihre Interessenvertreter werden dafür eintreten, dass für Sie weiterhin die Mieten bezahlbar bleiben.

In diesem Sinne verbleibe ich mit den besten Wünschen für einen schönen Frühjahresaufakt.

Ihr
Franz Obst
Landesvorsitzender

Mieterverein Mittelrhein

Neue Geschäftsräume

■ Der Mieterverein Mittelrhein zieht zum 1. April 2012 mit seiner Geschäftsstelle in Neuwied von der Bahnhofstraße in die Herrmannstraße, schräg gegenüber dem Amtsgericht Neuwied, um. Der Verein ist weiterhin zu erreichen unter der Telefon-

nummer 0 26 31/2 45 47, Faxnummer 0 26 31/3 17 47 oder per E-Mail unter neuwied@mieterbund-mittelrhein.de.

Die Büroöffnungszeiten des Mietervereins Mittelrhein sind Montag bis Donnerstag von 8.30 bis 12.00 Uhr und von 13.30 bis 17.00 Uhr sowie Freitag von 8.30 bis 13.00 Uhr.